



# Bericht aus **Berlin**

Gunther Krichbaum 

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Freunde,

in den vergangenen Wochen haben sich die außenpolitischen Nachrichten mit direkter oder indirekter Auswirkung auf Europa und Deutschland geradezu überschlagen. Sie zeigen eindringlich, warum wir als Europäer gemeinsam und geeint auftreten müssen, um unseren Platz zwischen aggressiven Großmächten zu finden und unsere Freiheit nicht einzubüßen. Dabei setzen wir unter der Regierung von Bundeskanzler Merz den Schwerpunkt auf **Sicherheit** und **Wirtschaft**.

Durch das gemeinsame Auftreten der Europäerinnen und Europäer und viel Verhandlungsgeschick konnte vorerst eine Übernahme **Grönlands** durch die USA abgewendet werden. Nun müssen die Absprachen im Detail weiter verhandelt werden.

Ein weiterer Erfolg der Europäischen Union war die gestrige **Terrorlistung der iranischen Revolutionsgarde IRGC**. Keine Regierung der Welt darf über 3.000 Menschen in einem Monat umbringen (die Sunday Times spricht von 18.000, die Dunkelziffer wird höher liegen) und glauben, ohne Konsequenzen damit durchzukommen. Abgesehen davon agiert der IRGC auch in Europa und Deutschland und terrorisiert deutsche Staatsangehörige mit iranischem Hintergrund. Die iranische Regierung ist darüber hinaus durch die Lieferung von Schahed-Drohnen an Russland Unterstützer des Kremls im Krieg gegen die Ukraine. Die Terrorlistung wird unter anderem zu Einschränkungen der Reisefreiheit, Konteneinfrierungen und anderen Finanzierungsblockaden führen.

Ein Tiefpunkt der europäischen Außenpolitik war hingegen das, was sich vergangene Woche im Europäischen Parlament abspielte. **Grüne Europaabgeordnete haben bewusst gemeinsame Sache mit linksextremen und rechtsextremen Fraktionen – darunter die AfD – gemacht** und dadurch das seit 25 Jahren verhandelte **EU-MERCOSUR-Abkommen** an den EuGH weitergeleitet. Die Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament haben die geopolitische Situation eklatant verkannt und Moskau, Peking und Washington einen Bärendienst erwiesen. Ehe das

Abkommen um weitere 18 bis 24 Monate verzögert wird und unsere Wirtschaft bis dahin weiter schwächelt, fordern wir eine nationale Ratifizierung des Abkommens, bis das Urteil des EuGH vorliegt. Bei einem seit einem Vierteljahrhundert verhandelten Abkommen sind wir von dessen Rechtmäßigkeit überzeugt.

Dieses fatale Signal, der größte Binnenmarkt der Welt könne keine Freihandelsabkommen abschließen, konnte dank von der Leyen vorerst abgewendet werden. Bei ihrem Besuch in Indien konnte ein **EU-Indien-Freihandelsabkommen** unterzeichnet werden. Damit erschließen wir uns einen Binnenmarkt, in dem sich der Handel schon heute auf mehr als 180 Mrd. Euro jährlich beläuft und 800.000 Arbeitsplätze in Europa stützt. Mit dem neuen Abkommen werden **die Zölle für 90 Prozent des Handels ganz abgeschafft oder gesenkt**. Europäische Exporteure werden jährlich bis zu 4 Mrd. Euro an Abgaben sparen und es wird erwartet, dass sich die EU-Ausfuhren im Laufe der Zeit mehr als verdoppeln. Auch die europäischen Landwirte werden vom Abkommen profitieren, denn die Zölle auf Wein werden von 150 Prozent auf 20 Prozent sinken.

In einer Welt unzuverlässiger Absprachen und spontan erhobener Zölle seitens der USA, aber auch eines historisch bedingt schwierigen Verhältnisses zu China, **treten wir gegenüber Indien als verlässlicher und fairer Partner auf Augenhöhe auf**. Stärke entsteht heute nicht durch Isolation, sondern durch Diversifizierung.

Zuletzt möchte ich Sie auf die dieswöchige **Gedenkstunde** anlässlich der Befreiung von Auschwitz-Birkenau im Deutschen Bundestag hinweisen. Gesprochen hat Tova Friedman, die damals als Fünfjährige den Holocaust überlebt hat. Ihre eindringliche Rede gegen steigenden Antisemitismus und für Bildung – denn „Bildung schützt Gesellschaft“ – können Sie sich **hier** erneut anschauen.

Aufgrund der bevorstehenden drei sitzungsfreien Wochen folgt der nächste Newsletter Anfang März. Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre und ein schönes Wochenende.



Gunther Krichbaum

---

### **Abonnieren Sie hier meinen neuen Newsletter**

Bislang wurde dieser Newsletter dankenswerterweise von der CDU-Kreisgeschäftsstelle verschickt. Um Sie direkt mit Informationen zu aktuellen Themen versorgen zu können, möchte ich Sie bitten, sich **hier** anzumelden, um meinen Newsletter zu abonnieren.

Zudem erreichen Sie mich selbstverständlich auch weiterhin in meinen Büros in Pforzheim und Berlin:

**Wahlkreisbüro Pforzheim:**

Telefon: 07231-140061

Email: [gunther.krichbaum.wk@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum.wk@bundestag.de)

**Bundestagsbüro Berlin:**

Telefon: 030-227 70371

Email: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)

Email: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)

Sie wollen nicht auf den Newsletter warten, sondern tagesaktuell dabei sein?  
Dann folgen Sie mir auf:



## Rede im Bundestag

### Sieben Jahre Aachener Vertrag



Diese Woche habe ich anlässlich des siebenjährigen Bestehens des Aachener Vertrags eine Rede im Plenum gehalten.

In diesen Verträgen setzen wir auf den deutsch-französischen Austausch auf politischer, aber insbesondere auf gesellschaftlicher Ebene. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Städte- und Gemeindepartnerschaften. Dass



diese sich durch bürokratische Hürden durchbeißen müssen, ist bekannt. Deswegen hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine **Anleitung für deutsch-französische Städte- und Gemeindepartnerschaften** veröffentlicht, die Sie [hier](#) abrufen können.



## Bürokratie abbauen – Prozesse beschleunigen

In dieser Woche haben wir in erster Lesung im Plenum das Gesetz zum Bürokratierückbau in der **Gewerbeordnung** und im **Energie-verbrauchskennzeichnungsgesetz** sowie weitere Rechtsvorschriften zur Aufhebung von Berichtspflichten beraten. Ziel ist die Abschaffung unnötiger Regelungen und Berichtspflichten, beispielsweise im Bereich von Weiterbildungsvorgaben oder Auflagen für Netzbetreiber.



Mit der ersten Lesung des Gesetzes zum Bürokratierückbau im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums setzen wir uns zudem für weniger Formulare und mehr Klarheit ein. Konkret sind Verschrankungen im Bundesmeldegesetz, im Verwaltungsverfahrensgesetz und im Bundeskriminalamtgesetz vorgesehen. Darüber hinaus soll durch die Abschaffung des De-Mail-Gesetzes der Verwaltungsaufwand spürbar gesenkt werden.

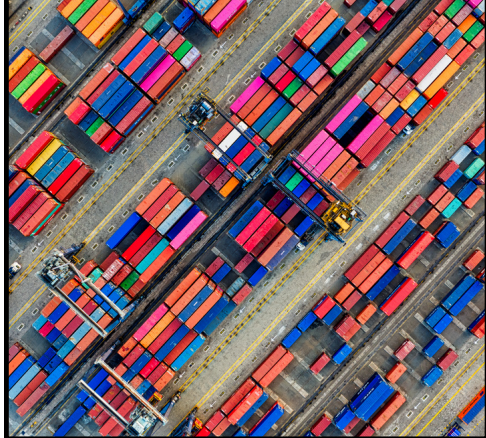
Das Gesetz sieht insbesondere die Reduzierung von Prüf-, Auskunfts-, Berichts- und Benachrichtigungspflichten vor, die sich in der Praxis nicht bewährt haben. Damit verschlanken wir unsere Gesetzbücher und unterstützen effizientere, schlankere Prozesse.

Als nächstes wurden die Gesetzentwürfe in die Ausschüsse verwiesen und werden dort nun beraten, bevor sie zur abschließenden Abstimmung zurück in den Bundestag verwiesen werden.

## Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts



Heute hat Bundeswirtschaftsministerin



Reiche den **Jahreswirtschaftsbericht im Bundestag vorgestellt**. Dieser fällt trotz einer konjunkturellen Erholung bei weiter bestehender Unsicherheit und gleichzeitig leicht nachlassender außenwirtschaftlicher Belastung nüchtern aus. Für 2026 erwarten wir ein reales Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt 2026 nur leicht

niedriger als im Vorjahr liegen. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels soll auch aufgrund der geopolitischen und wirtschaftspolitischen Konflikte in diesem Jahr negativ sein, wenn auch weniger deutlich als 2025.

Um einen weiteren Verlust der Wettbewerbsfähigkeit entgegenzuwirken und das Potenzialwachstum nachhaltig zu erhöhen, sind aus unserer Sicht als Bundesregierung neben den staatlichen Investitionen zur **Modernisierung der Infrastruktur** und **steuerlichen Investitionsanreizen** umfangreiche **Strukturenreformen** notwendig. Im vorgestellten Bericht wurde eine Liste von Maßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen aufgelistet, wie z. B. die Senkung der Bürokratie- und Energiekosten sowie die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Auch industriepolitische Maßnahmen wurden hervorgehoben, wie der Einsatz für einen wirksamen Carbon Leakage-Schutz.

## Reform des Sozialstaates

Anfang dieser Woche hat die Sozialstaatsreformkommission ihre Ergebnisse vorgelegt. Darin enthalten sind mutige Reformvorschläge, mit denen zentrale Ziele des Koalitionsvertrags umgesetzt werden sollen. Diese Vorschläge werden wir nun sowohl in der Fraktion als auch in der Koalition sorgfältig evaluieren.

Insbesondere die Maßnahmen zur Verbesserung von Erwerbsanreizen



müssen jetzt zügig vorangetrieben werden. Gleiches gilt für das zentrale Reformvorhaben, steuerfinanzierte Sozialleistungen wie Wohngeld, Kinderzuschlag und weitere Leistungen zusammenzuführen.

Die Empfehlungen zielen auf eine Vereinfachung, Vereinheitlichung und Digitalisierung der Leistungen ab. Alle 26 Empfehlungen wurden einstimmig beschlossen und bilden eine tragfähige Grundlage, um die notwendigen Reformen entschlossen anzugehen.

# Wir stärken unsere kritische Infrastruktur



In abschließender Lesung haben wir das **KRITIS-Dachgesetz beschlossen**. Mit diesem Gesetz definieren wir erstmals verbindlich, wer was zu schützen hat, und lassen die Betreiber damit nicht länger im Unklaren. Der Schutz kritischer Infrastrukturen ist eine Kernaufgabe staatlicher Sicherheitsvorsorge – das KRITIS-Dachgesetz schafft hierfür den notwendigen Rahmen. Dadurch verschiebt sich der Fokus von reiner Reaktion hin zu

Prävention, Resilienz und Verantwortung. Dies ist angesichts der sich immer häufenden hybriden Angriffe vernünftig und ein längst überfälliger Schritt, um Deutschland krisenfester zu machen.

Als letzten Schritt muss das Gesetz nun vom Bundesrat verabschiedet werden.

---

## Social Wall



Am Sonntag war mein guter Freund und erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Steffen Bilger** zu Gast auf dem Neujahrsempfang der CDU Mühlacker. Starke Unterstützung für

unseren Landtagskandidaten Nico Gunzelmann im Landtagswahlkampf!

---

Copyright Gunther Krichbaum MdB, 2025. All rights reserved.

Titelfoto: T. Koch; H. Sonbol.

E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)

Homepage: [www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

Sie wollen keine E-Mail mehr erhalten? Dann melden Sie sich [hier](#) bitte ab.